

Wahlcheck des Landesverbandes zur Bundestagswahl am 22.09.2013

Alle sich zur Wahl stellenden Kandidaten aus dem Land Sachsen-Anhalt, der zurzeit im Bundestag vertretenden Parteien, wurden von uns angeschrieben!

Wir haben keinen Unterschied gemacht - alle sich zur Wahl stellenden Kandidatinnen und Kandidaten unseres Landes Sachsen-Anhalt der im Bundestag vertretenden Parteien, der CDU, SPD, DIE.LINKE, FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben von uns Post erhalten (siehe Landesinfo Nr. 8 - Mai 2013).

Ob die jeweilige Direktkandidatin oder der Direktwahlkandidat (Erststimme bei der Wahl), oder die jeweiligen KandidatInnen auf den Landeslisten der einzelnen Parteien (Zweitstimme für eine Partei bei der Wahl) - alle wurden mit den für uns Bahner und der EVG wesentlichen Fragen konfrontiert, die Themen, die uns momentan besonders wichtig sind.

Sachsen-Anhalt hat 8 Wahlkreise. Jede der 5 Parteien stellt je eine Direktkandidatin oder einen Direktkandidat im Wahlkreis auf. Die Namen auf den Landeslisten der 5 Parteien waren weitestgehend identisch mit den KandidatInnen für die Direktmandate in den Wahlkreisen. So haben wir im Mai fast 50 Briefe versendet.

Auf Grundlage dieser Systematik kann sich jeder mit Hilfe unseres Wahlchecks und den jeweiligen Antworten der sich zur Wahl Stellenden durchaus ein Meinungsbild machen und so vielleicht die Wahlentscheidung am 22. September einfacher fallen.

Hier noch einmal unsere Fragen, denen wir umfangreiche fachliche Erläuterungen und gewerkschaftspolitischen Standpunkte der EVG voran gestellt hatten.

1. Welchen Standpunkt haben Sie zum Eisenbahnregulierungsgesetz? Wie sehen Sie die zukünftige Schieneninfrastrukturfinanzierung?
2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die im Regionalisierungsgesetz festgeschriebenen ca. 7 Mrd. Euro pro Jahr langfristig gesichert und erhöht werden, damit die Qualität und notwendige Quantität des ÖPNV/SPNV auch in Sachsen-Anhalt weiter gewährleistet werden kann?
3. Würden Sie ein Gesetzgebungsverfahren unterstützen, dass die Trennung von Netz und Betrieb bei der DBAG beinhaltet?
4. Werden Sie die EVG bei ihren Forderungen unterstützen, die Schieneninfrastruktur ausreichend mit Finanzmitteln auszustatten?

5. Werden Sie dafür eintreten, dass die jährliche Übertragung von Millionen Euro aus dem Gewinn der DBAG zur Konsolidierung des Bundeshaushalts in gebundene Investitionen für das Schienennetz umgewidmet wird?
6. Setzen Sie sich für eine verstärkte Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ein?
7. Treten Sie für eine Ausweitung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen und Kleinlasten ein?
8. Wie stehen Sie zu einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50€?
9. Welche Positionen vertreten Sie zur Weiterführung der gesetzlichen „Altersrente mit 67 Jahren“?

Die entsprechenden Antworten, die sogar teilweise mit unseren Positionen übereinstimmen, liegen in allen Ortverbänden Sachsen-Anhalts sowie in den Geschäftsstellen Magdeburg und Halle aus. Bei Bedarf können diese auch per Post oder elektronisch versandt werden.

Wünschenswert wäre gewesen, wenn alle 49 sich zur Wahl Stellenden geantwortet hätten. Leider haben nur 11 der angeschriebenen Damen und Herren, sowie die FDP für ihre KandidatInnen geantwortet! Sollte das schon eine erste Botschaft sein, welches Interesse die zukünftigen Abgeordneten IHREN Wählern entgegen bringen?

Hier die namentliche Auflistung der sich zur Wahl Stellenden, die geantwortet haben. Die Gliederung erfolgt nach Partei, Name und dem Wahlkreis:

CDU:

1. Herr Kees de Fries, Anhalt
2. Herr Dieter Stier, Burgenland - Saalekreis

SPD:

1. Marina Kermer, Altmark
2. Dr. Karamba Diaby, Halle
3. Mario Hennig, Harz

Weiterhin hat uns die SPD ihr aktuelles Regierungsprogramm und die zentrale Beantwortung unserer Fragen zugesandt.

DIE.LINKE:

1. Dr. Rosemarie Hein, Magdeburg
2. Thomas Waldheim, Börde-Jerichower Land
3. Jan Korte, Anhalt
4. Katrin Kunert, Altmark
5. Harald Koch, Mansfeld

FDP:

Für die FDP hat der Hauptgeschäftsführer der FDP, Herr Andreas Schnurpel, im Auftrag der KandidatInnen der FDP ausführlich in einem Brief geantwortet.

Bündnis 90/Die Grünen:

Steffi Lemke, Dessau-Wittenberg

Fazit der Aktion Wahlcheck des EVG Landesverbandes Sachsen-Anhalt:

Auf die Antworten von den sich zur Wahl stellenden Kandidatinnen und Kandidaten waren wir gespannt. Hatten wir doch bereits im I. Quartal 2013 Fragen aufgeworfen, die jetzt am Beispiel des Stellwerkes in Mainz die Probleme der Bahner bzw. des DB Konzern massiv in die Öffentlichkeit brachten. Jetzt wissen es hoffentlich alle Politiker: vernünftige Verkehrspolitik bedarf einer soliden Personal- und Finanzausstattung!

Eine abschließende Empfehlung, welcher sich zur Wahl Stellende unsere Interessen am besten vertritt, werden wir nicht geben. Es ist aber durchaus interessant, Standpunkte und Antworten einzelner KandidatInnen zu lesen und dann Rückschlüsse zu ziehen, wer aus unserer gewerkschaftspolitischen Sicht „wählbar“ sein könnte. Auch sollte daran gedacht werden, dass sich 38 der angeschriebenen Wahlbewerber aus unserem Land überhaupt nicht geäußert haben. Was mag der Grund dafür sein, wenn sich ein Bewerber um ein Bundestagsmandat noch nicht einmal vor der Wahl zu Fragen äußert...?

Zur Erinnerung: In den Wahlprogrammen zweier kleinerer Parteien wird zum Ausdruck gebracht, dass diese kein Interesse am Erhalt des integrierten DB Konzerns haben!

Fazit: Der Aufwand, wieder einen Wahlcheck zu machen, und unseren Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, hat sich trotz der mangelnden Beteiligung gelohnt!



Wählen gehen! – DGB Aufruf

- Für eine ökologische Verkehrswende.
- Gerecht geht anders.
- UmFAIRteilen.
- FÜR UNS ALLE.

Die Aufrufe des DGB mit seinen Einzelgewerkschaften, durch seine Stimmabgabe bei der Bundestagswahl politisch Einfluss zu nehmen, sind bekannt.

Am 7. September findet in Hannover eine Kundgebung des DGB unter dem Motto **“GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA. AKTIVER STAAT.”** statt. Hier haben wir die Möglichkeit, mit unserer Teilnahme für eine bessere Politik einzustehen.

- Wir alle haben ein Recht auf gute Arbeit.

- Wir alle verdienen einen sicheren Ruhestand...
- In einem sozialen Europa...
- Mit einem handlungsfähigen Staat.

Doch die Regierung lässt uns allein.

WIR ALLE HABEN EIN RECHT AUF GUTE ARBEIT.

...mit Tarifverträgen, klaren Regeln, beruflichen Perspektiven und gesunden Bedingungen. Deshalb beziehen wir Position: Für die Stärkung der Tarifautonomie, einen gesetzlichen Mindestlohn und mehr Mitbestimmung – gegen die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

WIR ALLE VERDIENEN EINEN SICHEREN RUHESTAND.

...mit geregelten Übergängen, guten Renten und fairer Finanzierung – denn Armut im Alter ist ein großes Problem. Deshalb beziehen wir Position: Für ein stabiles Rentenniveau, flexible Wege vom Erwerbsleben in die Rente und einen Ruhestand in Würde und finanzieller Sicherheit – gegen Rente mit 67.

WIR ALLE WOLLEN IN EINEM SOZIALEM EUROPA LEBEN.

...mit einem gerechten Arbeitsmarkt, menschlichen Leitwerten und demokratischer Mitbestimmung. Damit wir eine Zukunft haben. Deshalb beziehen wir Position: Für mehr Mitbestimmung, Transparenz und Beteiligung in einem demokratischen Europa – gegen die Aushöhlung von Demokratie und Solidarität.

WIR ALLE BRAUCHEN EINEN AKTIVEN STAAT.

...damit wir ein gutes und sicheres Leben führen können – mit moderner Infrastruktur, einem guten Bildungssystem, nachhaltiger Energiepolitik und stabiler innerer Sicherheit. Deshalb beziehen wir Position: Für solide finanzierte Haushalte, gerechte Umverteilung und einen handlungsfähigen Staat – gegen Spardiktat und Steuerflucht.

Eine hohe Wahlbeteiligung nimmt den zukünftigen Bundestag und die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in die Verantwortung. In allen demokratischen Parteien gibt es Kandidatinnen und Kandidaten, die die gewerkschaftspolitischen und sozialen Ziele der EVG sowie eine vernünftige Verkehrspolitik unterstützen.

Die EVG ist parteienunabhängig und gibt deshalb, wie schon erwähnt, keine Wahlempfehlung.

Die EVG ist aber nicht unpolitisch und warnt aus der geschichtlichen Erfahrung der Gewerkschaften davor, seine Stimme rechten Parteien zu geben. Diese Parteien sind demokratie- und fremdenfeindlich.

Wirtschaft und Arbeit brauchen Demokratie – in Sachsen-Anhalt, in Deutschland, in Europa und in der vernetzten Welt. Demokratie braucht hier wie überall soziale Mindeststandards in der Arbeitswelt und der Gesellschaft.